

AUSGABE VOM 19. DEZEMBER 2014

Erbschaftsteuer: Positives Signal auch für Familienbetriebe in NRW

Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, dass der Gesetzgeber die erbschaftsteuerlichen Regelungen für Betriebsvermögen bis zum 30. Juni 2016 überarbeiten muss. Die sichere Nachfolgeregelung in Familienunternehmen, und damit auch der Erhalt von Arbeitsplätzen, dürfen auch künftig nicht durch Erbschaftsbesteuerung gefährdet werden.

Das hat Karlsruhe mit seinem Urteil zu den Regelungen für mittelständische Familienunternehmen bei der Erbschaftsteuer bestätigt. Damit bleibt es auch in Zukunft grundsätzlich möglich, Unternehmen ohne hohe Erbschaftsteuerbelastungen auf die nächste Generation zu übertragen, wenn die Unternehmen fortgeführt und Arbeitsplätze erhalten werden. Unsere mittelständischen Familienunternehmen in NRW sind ein entscheidender Faktor für unseren Erfolg und Wohlstand und dürfen beim Unternehmensübergang nicht zusätzlich belastet werden.

Regierungserklärung: Europa muss seine Werte verteidigen!

Europa muss stets aufs Neue für seine Werte eintreten. Frieden, Freiheit und Wohlstand sind alles andere als selbstverständlich. Dies betonte Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer Regierungserklärung im Vorfeld des Europäischen Rats. Mit Russland suche die Bundesregierung unvermindert den Dialog und unterstütze zudem die Unabhängigkeit der Ukraine.



Merkel: In Europa müssen Wachstum, Beschäftigung und Investitionen gefördert werden. (Foto: Bundesregierung/Bergmann)

Das Miteinander in Europa sei auf Partnerschaft, Recht und Respekt gegründet, nicht auf Einflussphären. Diese Prinzipien müssten auch im Verhältnis zwischen Russland und der Ukraine gelten. „Ziel unseres Handelns ist und bleibt eine souveräne und territorial unversehrte Ukraine“, die über ihre eigene Zukunft selbst entscheiden könne.

Investitionsplan für Europa

Europa müsse zu neuer vor allem zu wirtschaftlicher Stärke geführt werden. Dies bleibe die große Herausforderung der kommenden Jahre. „Wir haben diese Krise im Griff, aber wir haben sie eben nicht endgültig überwunden.“ Wachstum, Beschäftigung und Investitionen müssten weiter gefördert werden. Der Investitionsplan, den EU-Kommissionspräsident Juncker vorgeschlagen hatte, sei dafür eine gute Grundlage. Die Kanzlerin begrüßte, dass der Plan auf der Mobilisierung privater Investitionen beruhe: „Es sind und bleiben die Unternehmen, die Arbeitsplätze und Innovationen schaffen.“ Entscheidend sei auch, dass die Europäische Investitionsbank die Projekte auswähle und die Rentabilität der Vorhaben prüfe. „Die Politik kann das nicht“, so die Bundeskanzlerin.

Angela Merkel äußerte sich auch zu den Verhandlungen über das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP mit den USA. Gerade Deutschland als Exportnation müsse offen bleiben für den Welthandel. Die Chance, die Abkommen mitzugestalten und hohe europäische Standards auch international festzuschreiben, müsse genutzt werden. Das ist im Sinne der Verbraucherinnen und Verbraucher in Europa.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

wir sind bei uns ein sehr hohes Maß an Lebensqualität, an sozialer Sicherheit und Wohlstand gewohnt. Frieden, Freiheit und Sicherheit, Meinungsfreiheit und die Geltung des



Völkerrechts – bis vor kurzem erschienen uns diese Errungenschaften kaum mehr erwähnenswert. Jetzt müssen wir lernen: Frieden ist eben nichts Selbstverständliches. Sicherheit gibt es nur als vernetzte Sicherheit. Das Völkerrecht muss gemeinsam gesichert werden. Sozialer Wohlstand hängt von Frieden und stabilen Verhältnissen ab. Jedem muss klar sein: Deutschland ist keine Insel des Wohlstands und der Sicherheit. Unsere Werte, unsere Lebenseinstellung, unsere Grundsätze werden herausgefordert. Wir müssen Standhaftigkeit beweisen. Nach dem Fall der Mauer glaubten wir uns nur von Freunden umgeben. Die Zeiten ändern sich, nichts ist selbstverständlich. Umso wichtiger sind klare Positionen und Zuverlässigkeit. Dafür steht die Union und Kanzlerin Angela Merkel!

„Ehre sei Gott in der Höhe und Friede auf Erden bei den Menschen seines Wohlgefallens.“ – diese Botschaft erreicht uns am Weihnachtsfest. Lassen wir sie Einzug halten in unser Zusammenleben – nicht nur in den kommenden Festtagen. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen und Ihren Familien ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest und für das neue Jahr 2015 Gesundheit und Erfolg.

Mit herzlichen Grüßen

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln I

Nachhaltige Luftfahrt: "Greener Skies Ahead 2014"

Weniger Fluglärm, geringerer Verbrauch, mehr Klimaschutz: Die kontinuierliche Verbesserung der Ökoeffizienz ist die größte Herausforderung der modernen Luftfahrt und wichtige Voraussetzung für weiteres Wachstum im Luftverkehr. Unter Federführung der IASA (International Association for Sustainable Aviation e. V.) fand am 11. Dezember 2014 in Bonn die internationale Fachkonferenz „Greener Skies Ahead“ statt.



Podiumsdiskussion auf der IASA Konferenz. Von links: Dr. Werner Zittel, Ludwig-Bölkow Stiftung, Karsten Möring MdB, Rainer Scheweppe, Fraunhofer Institut, München, Jannis Reinicke, Air Berlin und Dr. Klaus-Jürgen Schwahn, Flughafengesellschaft Schönhagen (Foto: Reuters)

In meinem Eröffnungsvortrag wies ich darauf hin, dass die Schnittmenge zwischen Umwelt- und Verkehrspolitik immer größere Bedeutung erhält. Wir als Union wollen, dass beide Bereiche in größtmöglichem Einklang miteinander stehen. Die Luftverkehrswirtschaft ist außerordentlich wichtig für eine funktionierende Logistik von Personen- und Gütertransporten. Luftfracht ist aus der Abwicklung des deutschen Außenhandels ebenso wenig wegzudenken wie Passagierflüge aus der Geschäftsabwicklung deutscher Unternehmen oder aus der Tourismusbranche.

Gerade weil die Luftverkehrswirtschaft ein zentraler Faktor für unsere Volkswirtschaft ist und Beschäftigung sichert, verbietet es sich, einfache Antworten auf schwierige Fragen zu finden. In meinem Wahlkreis sind zahlreiche Bürger mit dem Flughafen Köln-Bonn auf die eine oder andere Weise „verbunden“. Er schafft Arbeitsplätze und Wertschöpfung in der Region in erheblichem Umfang. Gleichzeitig sind ökologische Belastungen vor allem durch Lärm- und CO₂-Emissionen zu beklagen. Vor allem der Lärm erhöht das Risiko für Herz- und Kreislauferkrankungen. Er muss deshalb weiter deutlich verringert werden.

Hier gibt es aus meiner Sicht noch sehr viel zu forschen. Ich werde mich auch deshalb weiter für die Etablierung eines Zentrums stark machen, in dem die Lärmwirkungsforschung intensiviert werden kann.

Klimakonferenz in Lima: Gute Grundlage für Weltklimavertrag 2015

Bundesregierung und Koalition bewerten die Ergebnisse des Klimagipfels von Lima positiv. Sie sind eine gute Grundlage für den Weltklimavertrag, der Ende 2015 in Paris beschlossen werden soll. So sei festgelegt worden, welche Informationen die Staaten bezüglich ihrer nationalen Klimaschutzziele in den kommenden Monaten vorlegen müssten. Außerdem seien wesentliche Elemente eines Verhandlungstextes vereinbart worden.

Die Unionsfraktion hob die Erfolge bei der Auffüllung des Grünen Klimafonds hervor. Außerdem unterstreiche der Beschluss von Lima, dass die Staaten nicht erst ab 2020 handeln müssten, sondern größere Klimaschutzanstrengungen bereits vorher erforderlich seien. Offen bleiben jedoch noch Fragen der Verbindlichkeit und Nachprüfbarkeit der Klimaziele, die die Staaten in den kommenden Monaten vorlegen sollen.

Neuer Wehrbeauftragter des Bundestages

Als Nachfolger von Hellmut Königshaus (FDP) ist Hans-Peter Bartels (SPD) zum neuen Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages gewählt worden. Der 53jährige Verteidigungspolitiker wird sein Amt im Mai 2015 antreten. Der Wehrbeauftragte ist als „Hilfsorgan“ des Bundestages weder Abgeordneter noch Beamter. Er unterstützt die parlamentarische Kontrolle und hat als „Anwalt der Soldaten“ vor allem die Aufgabe, möglichen Grundrechtsverletzungen bei Soldaten oder der Verletzung der Grundsätze der Inneren Führung nachzugehen.

Weniger Bürokratie entlastet Mittelstand

Mit einem diese Woche im Kabinett vorgelegten Eckpunktepapier setzt die Bundesregierung erneut ein deutliches Zeichen für Bürokratieabbau im Mittelstand. Die Eckpunkte sind aus meiner Sicht ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Entscheidend ist es, Start-Ups und Gründer von überflüssiger Bürokratie zu entlasten, denn gerade in der Anfangsphase eines Unternehmens haben Gründer keinen Sinn für komplizierte Formulare und Berichtspflichten. Bürokratieabbau bleibt aber letztlich eine Daueraufgabe für die gesamte Wirtschaft.

Auch bei der qualifizierten Zuwanderung und bei der Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse wird für Erleichterungen gesorgt. Damit sollen die Hürden für die zeitnahe Aufnahme einer Beschäftigung erheblich verkürzt werden.

Impressum:

Ausgabe Nr. 21/2014
19. Dezember 2014

Herausgeber:
Bundestagsbüro Karsten Möring
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-77611
Email: karsten.moering@bundestag.de

Redaktion/ V.i.S.d.P:
Karsten Möring MdB/Harald Häßler/
Dr. Jürgen Reuter